

Köln soll rechtsfreie Zone bleiben



„Der Roncalliplatz

bleibt Rechts-freie Zone“, untertitelt der Kölner Express ein Bild vom Kölner Dom zweideutig. Ein Kölner Verwaltungsgericht hat die Beschwerde von Pro Köln gegen die von der Polizei verfügte Verlegung des Anti-Islamisierungskongresses vom zentralen Platz am Dom in rechtsrheinisches Abbruch-Brachland (PI berichtete) zurückgewiesen. Die Kundgebung hätte wegen gewalttätiger Gegendemonstranten möglicherweise die Schließung des benachbarten Hauptbahnhofs nötig gemacht und zu erheblichen Störungen des gesamten europäischen Bahnverkehrs geführt, argumentieren die Richter. (Foto: Freier Zugang für Gottesdienstbesucher – Graue Wölfe vor dem Domportal)

Der Kölner Stadtanzeiger berichtet:

Die für den 9. Mai 2009 angemeldete Veranstaltung „Nein zur Islamisierung Europas – Nein zur Kölner Groß-Moschee“ darf nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln nicht auf dem Roncalliplatz, sondern nur auf dem brach liegenden Platz im ehemaligen Barmer Viertel im rechtsrheinischen Deutz

stattfinden (Az.: 20 L 308 / 09).

Den Antrag der Rechtsextremen gegen eine entsprechende Auflage der Polizei lehnte das Gericht mit einem am Dienstag öffentlich gewordenen Beschluss ab. Der Polizeipräsident hatte argumentiert, die Versammlung müsse aus Sicherheitsgründen nicht auf dem Roncalliplatz, sondern auf dem Barmer Platz in Köln-Deutz stattfinden. Einen anderen Veranstaltungsort als den Roncalliplatz hatte die selbst ernannte Bürgerbewegung abgelehnt.

Der gegen die polizeiliche Auflage gerichtete Eilantrag jedoch blieb ohne Erfolg. In der Begründung ihres Beschlusses teilen die Richter die Gefährdungseinschätzung der Polizei, die maßgeblich auf Erfahrungen beruht, die bei der Veranstaltung von Pro Köln zum gleichen Thema am 20. September 2008 gemacht wurden.

Dem Sicherheitskonzept liege eine sachgerechte Abwägung zwischen dem Demonstrationsrecht des Veranstalters und den Rechten unbeteiligter Dritter zugrunde, so die Richter. Angesichts der exponierten Lage des Roncalliplatzes und der zu erwartenden massiven und auch gewaltbereiten Gegendemonstrationen sei mit schwerwiegenden Behinderungen und Gefährdungen Unbeteiligter zu rechnen.

Zum Schutz der Veranstaltung seien deshalb umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen erforderlich, die die Kölner Innenstadt weitgehend lahmlegen würden. So sei insbesondere zu befürchten, dass der in unmittelbarer Nähe des Roncalliplatzes gelegene Hauptbahnhof, der täglich von etwa 250 000 Besuchern frequentiert wird, stillgelegt werden müsse mit unabsehbaren Auswirkungen für den deutschen und europäischen Bahnverkehr. Auch die Hohe Straße als die am stärksten frequentierte Kölner Einkaufsstraße müsste voraussichtlich gesperrt werden. Ferner könnte der ungehinderte Zugang zum Dom für Gottesdienstbesucher nicht mehr gewährleistet werden.

Der Barmer Platz ist ein für Kölner Linksextremisten besonders emotional aufgeladener Ort. Hier reißt die Stadt Köln zugunsten lukrativerer Bebauung ein altes Wohnviertel ab. Mehrere Häuser, die deswegen von Linksextremisten besetzt waren, wurden zu diesem Zweck geräumt. Der verbotene Platz am Kölner Dom wird regelmäßig von Linken, türkischen Rechtsextremisten, kurdischen Terroranhängern und arabischen Antisemiten für Kundgebungen mit bis zu 20.000 Teilnehmern genutzt. Obwohl das Grundgesetz ausdrücklich „allen Deutschen“ das Recht auf Versammlungsfreiheit zugesteht,

Art. 8: Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

wird dieses Grundrecht erneut einer missliebigen Partei aus offenkundig politischen Gründen verwehrt, die in Fraktionsstärke im Kölner Stadtrat tausende Wähler vertritt – rund doppelt so viele übrigens wie die Linkspartei.

Pro Köln hat angekündigt, beim Oberverwaltungsgericht in Münster Beschwerde einzulegen. Für den Fall, dass es beim rechtsrheinischen Versammlungsort bleiben muss, wird eine Demonstration mit 2.000 Teilnehmern vom Barmer Platz quer durch die Kölner Innenstadt zum Bauplatz der Ehrenfelder Großmoschee angemeldet.

Bitte beachten Sie auch die noch andauernde Diskussion im Forum des Kölner Stadtanzeigers.